

Bei Halle übermäßig bei zweimaliger Anstellung 2,50 Mk. durch die Post 2,75 Mk. ...

Staats-Zeitung.

werden die 6 gelbtenen Kolonnenblätter oder deren Raum mit 80 Pf. ...

Nr. 237.

Halle, Sonnabend, den 23. Mai

1914.

Mb. Preussischer Landtag.

86. Sitzung vom 22. Mai. Am Mittwoch: Dr. Eyddow, Dr. Berge, Präsident Graf von Schwerin-Schwarz ...

Mb. Dr. Riechardt (Soz.).

hat gegen den am 19. d. M. erteilten Ordnungsgesetz Einspruch erhoben. Das Haus entscheidet über die ...

Die dritte Lesung des Etats.

Die Beratung wird beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung fortgesetzt.

Mb. Schröder (Freis.).

endet sich gegen die Rede, die der Abg. Qué bei der zweiten Lesung gehalten hat, und befreit sich, dass die Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter so schlecht seien, wie Herr Qué behauptet habe.

Mb. Qué (Soz.).

Ich hätte meine Behauptungen aufrecht, ich habe Photographien von Arbeiterwohnungen auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Will der Abg. Schröder behaupten, dass die Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter so schlecht seien, wie Herr Qué behauptet hat?

Der Abg. Qué wird von ständigen Arbeitern überhördnet. Das erkennt selbst Dr. Grimmer an, doch schlägt er zur Vereinfachung dieses Unschönen vor, der die polnischen Arbeiter zu rechtlichen Romanen machen würde. ...

Handelsminister Dr. Sydow:

Den Informationen des Abg. Qué wird man die Erklärungen der Zechenbesitzer gegenüberstellen müssen, die sich von seinen Ausführungen ganz wesentlich dadurch unterscheiden, daß sie viel länger sind. Erst so wird man ein objektives Bild gewinnen können.

Auf einer Konferenz sämtlicher Zechenbesitzer des Oberbergamts Dornum wurde festgestellt, daß solche Mängel gewiss hier und da vorlägen, daß es aber eine unzulässige Verallgemeinerung sei, hierin die Ursachen für die Mängel im Bergbau zu suchen. ...

Mb. Jambusch (Zentr.).

Es ist zu erwägen, ob und inwieweit die Werkskolonien die wertvollste Freiheit der Arbeiter beanspruchten.

Nicht zu leugnen ist die bedeutende Tatsache, daß es berufsmäßig 8 1/2 gibt, die als so genannte Werkskolonien bezeichnet werden können. ...

Mb. Althoff (Nat.).

Eine reichsgesetzliche Regelung des Bergbauwesens halten wir nicht für erwünscht. (Abg. M. u. B. (Zentr.): Wir auch nicht.) Die Behauptung, daß die Unternahmergebnisse außerordentlich geringen und die Bergarbeiter nur wenig gewachsen sind, läßt sich durch die Statistik nicht nachweisen.

Mb. Hagenauer (Nat.).

Die Rede des Abgeordneten Qué macht bei Eindruck, als ob es den Sozialdemokraten nicht an Agitationen fehle. Somit hätte er nicht mit Revolution drohen können. Die Arbeitgeber werden sich um so mehr auf die ruhigen Elemente der Arbeiterschaft und auf die „gelben“ Gewerkschaften stützen.

Handelsminister Dr. Sydow:

Am Ausbruch ist die Zahl der tödlichen Unfälle ein wenig gesunken. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Zahl der Statistik durch die großen Mannesunfälle wesentlich beeinflusst wird, so daß auch ein eventuelles Steigen der Unfälle als Elementarunglück aufzufassen wäre.

Mb. Dr. Cremer (Nat.).

Ich bin durchaus nicht abhängig von den Unternehmern, sondern ein freier, unabhängiger Privatmann. Aber es ist ja leicht erklärlich, daß mich Herr Qué immer angreift, hat er sich doch zweimal vergeblich um das Mandat Dornum-Bezirk beworben.

Mb. Kramer (Nat.).

Diese Streiffrage leitet alle paar Jahre wieder. Die Handelsverwaltung steht auf dem Standpunkt, Abzweigungen nur dann vorzunehmen, wenn die Mehrheit der Gewerbetreibenden dies wünscht.

Mb. Vorkamp (Zentr.).

Die Streiffrage leitet alle paar Jahre wieder. Die Handelsverwaltung steht auf dem Standpunkt, Abzweigungen nur dann vorzunehmen, wenn die Mehrheit der Gewerbetreibenden dies wünscht.

Mb. Vorkamp (Zentr.).

Die Streiffrage leitet alle paar Jahre wieder. Die Handelsverwaltung steht auf dem Standpunkt, Abzweigungen nur dann vorzunehmen, wenn die Mehrheit der Gewerbetreibenden dies wünscht.

Mb. Vorkamp (Zentr.).

Die Streiffrage leitet alle paar Jahre wieder. Die Handelsverwaltung steht auf dem Standpunkt, Abzweigungen nur dann vorzunehmen, wenn die Mehrheit der Gewerbetreibenden dies wünscht.

Mb. Vorkamp (Zentr.).

Die Streiffrage leitet alle paar Jahre wieder. Die Handelsverwaltung steht auf dem Standpunkt, Abzweigungen nur dann vorzunehmen, wenn die Mehrheit der Gewerbetreibenden dies wünscht.

Mb. Vorkamp (Zentr.).

Die Streiffrage leitet alle paar Jahre wieder. Die Handelsverwaltung steht auf dem Standpunkt, Abzweigungen nur dann vorzunehmen, wenn die Mehrheit der Gewerbetreibenden dies wünscht.

Stimmen für Altona, allerdings war dies nicht die Mehrheit aller Stimmberechtigten; wenn der Kreis die Wahlberechtigung überhaupt nicht annehmen würde, würde es nicht möglich sein, ...

Mb. Keiner (Soz.).

Die obige Art ist, die Abg. v. K. in der zweiten Lesung an der Tätigkeit der Gewerkschaften geübt hat, ist nur dann zu verstehen, wenn man weiß, daß Herr v. K. in der ersten Lesung nicht nur nicht in Schutz genommen, sondern ihn durch Verlesung des Spracherhalts „ein Narr kann man fragen, ...“

Handelsminister Dr. Sydow:

Ich habe die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht anerkannt. Von einem Fallentfall des betreffenden Beamten kann keine Rede sein. Die Angriffe der Sozialdemokraten lassen sich nicht abweisen. Sie versuchen ja immer nach derselben Methode: ...

Mb. Dr. Piepmann (Nat.).

Es ist denn der Abg. Keiner in einzelnen Fällen zwar hätte, würde er doch seinen Erfolg über den Tag hinaus tragen, ...

Minister Dr. Sydow:

Ich habe feierlich gesagt, daß der zweite Teil des Gesetzes eingeführt werden sollte, wenn die Mehrheit, die ich heute ausarbeiten lassen wollte, ...

Mb. Wenke (Soz.).

beachtet, daß er durch den Gehalt der Debatte verhindert sei, nachzuweisen, daß die Behauptungen des Abg. Conradt in der zweiten Lesung über den Fall Rohardt vollkommen aus der Luft gegriffen seien.

Mb. Conradt-Breslau (Nat.).

hält demgegenüber seine Behauptungen aufrecht. Zur Gegenüberstellung bemerkt Abg. Eilers (Zp.): ...

Mb. Rosenow (Zp.).

Wenn ich zum Wort gekommen wäre, hätte ich nachgewiesen, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn eine Groß-Berliner Handelskammer gebildet würde. ...

Etat der Reichsanstalt-Zentralgewerkschaft.

Abg. Fensel-Johannstadt (Nat.) befragt das Zentralgewerkschaften in Absprachen und wirft der Zentralgewerkschaft vor, den Reichsanstalt-Zentralgewerkschaften in den Händen gefallen zu sein durch die Entlassung des Reichsanstalt-Zentralgewerkschaften.

Abg. Fensel-Johannstadt (Nat.).

gibt eine Erklärung ab, nach der der Reichsanstalt-Zentralgewerkschaften in der Lage sei, die Kommissare gegen die Zentralgewerkschaften zurückzunehmen. ...

Mb. Dr. Riechardt (Soz.).

beachtet, inwieweit das beantragte Gesetzentwurf der Mehrheit die Wünsche der Beamten der Zentralgewerkschaften nicht entgegen zu kommen.

Präsident Graf v. Schwerin-Schwarz:

Gegenüber den wiederholten Klagen der Sozialdemokraten, nicht genügend zum Worte zu kommen, möchte ich Ihnen einige Daten mitteilen. Wir haben eine Abstimmung 77 Sitzungen mit einer gesamten Redezeit von 444 Stunden geführt. ...

müssen, um den Staat zu erlebigen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Verringerung der Länge oder der Zeit der Neben. Ich wünsche dringend, daß eine Verringerung der Länge der Neben eintritt, und ich möchte dies namentlich den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei empfehlen.

Abg. Friesch-Berlin (Soz.):

Wenn wir 72 Stunden gesprochen haben, so ist das außerordentlich wenig für das, was wir zu sagen haben. (Lachen rechts.) Wir können unsere Reden nicht kürzen bei der Beratung, wir können nur bei der Budgetkommission vertreten. Wir haben den letzten Teil der Redezeit in Anspruch genommen; das ist so viel, wie auf jede Sitzung entfällt. Wenn wir auch hier nur 3 Mann sind, so vertreten wir doch eine große Wählerzahl; nach diesem Maßstab gemessen dürfen die Herren von der Rechten überhaupt nicht reden. (Lachen rechts.)

Präsident Graf Schönerl-Owido:

Ich habe meine Mitteilungen nur aus Anlaß der immer wiederkehrenden Fragen der Sozialdemokraten wegen Verringerung der Redezeit aus eigener Initiative gemacht.

Abg. v. Boppensien (Kons.):

Ich beantrage Schluß der Geschäftsordnungsdebatte. (Aufst. v. d. Soz.; Beifall!) — Stimmliche Zurufe rechts: Zur Ordnung! — Der Präsident ruft die Abg. Friesch (Soz.) und Wolf Hoffmann (Soz.) als die Vorsitzenden zur Ordnung.

Der Schulhaushalt wird mit dem Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen die Stimmen der Linken einschließlich der Nationalliberalen angenommen. (Zuruf rechts: Die Nationalliberalen keine Gesellschaft!) — Der Etat der Gewerkschaften wird angenommen.

Bei dem

Etat der Verwaltung der direkten Steuern

Antragen die Nationalliberalen die Wiederherstellung der in der zweiten Lesung gestrichenen 6 Steuerkommissionen.

Abg. v. Hennigs-Teichlin (Kons.):

Schluß mit dem Antrag Friedberg auf Wiederherstellung der Steuerkommissionen. Der Antrag wird ohne Beweise als die Steuerkommissionen, der das ganze Steuerwesen nur verfaßt macht.

Abg. Bieker (Op):

Beifall mit dem Steuerreformplan in Rede und zwar die Angriffe gegen Nordhausen. Die Stadt ist ihren steuerlichen Verpflichtungen durchaus nachgekommen. Von Steuern und Zinsen ist keine Rede. Der Steuerkommission soll nicht möglich sein Steuern herauszufinden, sondern gemessenmaßen der Verträglichkeit sein.

Dinanzminister Dr. Lenz:

Es hat mir durchaus fern gelegen, die Selbstverwaltung Nordhausens zu diskreditieren. Die hat gar nichts mit der vorliegenden Frage zu tun. Der Minister wiederholt seine Ausführungen aus der zweiten Lesung. Ein Vorwurf gegen die Stadt Nordhausen ist nicht erhoben worden. Bei der Diskussion sind aber tatsächlich viele Mängel gefunden worden, so daß die Regierung sich gezwungen sah, die Verwaltung der direkten Steuern des Kantons der Stadt Nordhausen zu ändern. Darüber ist in der Sitzung eingehend verhandelt worden. Es ist festgestellt worden, daß die Frage im Sinne der Regierung entschieden werden müsse. Ich würde es für eine gute Sache halten, wenn der Antrag Friedberg angenommen würde. Meine Beamten haben bei der letzten Veranstaltung ihre Aufgabe erfüllt angestrengt. Für diese ihre Arbeit lassen wir ihnen herzlichsten Dank. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Campe (Nall.):

Textwort der Antrag Friedberg. Wir haben ihn in der zweiten Lesung schon so gut begründet, daß seine Annahme geradezu gewiss ist. Der Antrag hat doch auch andere Seiten zu tun, während der Kommissar für die Steuerfrage wissen kann. Der Steuerkommission kann vollständig unabhängig jeden so einschlagen, wie es nach seinen persönlichen Anschauungen und den Interessen der Allgemeinheit erforderlich ist. Schon aus Rücksicht auf die Wichtigkeit und Wichtigkeit sollte unser Antrag angenommen werden. Bei einer eventuellen Geschäftsordnungsdebatte erklärt Abg. Hoffmann (Soz.) einen 2. Ordnungsruf.

Ein Schulhaushalt wird angenommen. Der Antrag Friedberg wird mit dem Stimmen der Rechten und des Zentrums abgelehnt. Der Etat der direkten Steuern wird angenommen, ebenso eine Anzahl weiterer Etats.

Sonntag 27. Apr.

Esad Pajhas Verteidigung.

Aus Rom wird unterm 22. Mai berichtet: Esad Pajhas ist jetzt geflohen in Neapel. Er war, nachdem er sich schriftlich verpflichtet hatte, sich künftig nicht mehr in die albanischen Dinge zu mischen, vom Kreuzer „Szigetor“ auf den italienischen Dampfer „Benaghi“ gebracht worden. Auf diesem Esad Pajhas kam mit seiner Frau Mitrowski kurz vor Neapel nach. Bei seiner Ankunft in Neapel wurde er von einem Redakteur der „Tribuna“ interviewt. Dessen machte er den Eindruck großer Ruhe und Selbstbeherrschung. Er erklärte: „Mein Souverän ist auf die unwürdige Weise getötet worden. Ich habe meinen Könige und meinem Lande getreu gedient und immer nur eines erstrebt: das Wohl meines Vaterlandes. Die jüngsten Ereignisse sind allemal auf ausländische Umtriebe zurückzuführen, deren erste Opfer Albanien und ich sind.“

Aus italienischer Quelle stammt auch folgende Nachricht: Wie jetzt bekannt wird, war es Kapitän Calzoli, der italienische Beirat des Fürsten, der die Freilassung Esads erwirkte. Calzoli fragte den Fürsten, ob er für die Schuld Esads wirklich Beweise habe, was der Fürst verneint haben soll. Darauf bestimmte Calzoli den Fürsten, Esad abreißen zu lassen. Zu einem Redakteur des „Mattino“ äußerte Esad sich durchaus ungehalten über die Diktator, die sich der italienischen Offiziere bedient hätten, um ihn zu fesseln. Aber daß wurde er nicht rehabilitiert nach Durazzo zurückzuführen. Was die Aufstandsbewegung betreffe, so gehe diese von den Griechen aus.

Die albanischen Minister behalten ihre Portefeuilles. Der Fürst hat die demissionierenden Minister ermahnt, ihre Portefeuilles zu behalten. Der Minister des Post- und Telegraphenwesens Hassan-Bey Ridwan hat ein einflussreiches Mitglied der Esad Pajhas bisher innegehabten Ministerien des Krieges und des Innern übernommen. Die Aufstandsbewegung der Bauern in Durazzo ist friedlich beigelegt.

Frankreich und der Zwischenfall in Durazzo.

Das „Journal des Debats“ schreibt in der Festnahme Esad Pajhas: Die auf Ersuchen des Fürsten Wilhelm von

Mannschaften der fremden Stationschiffe durchgeführten Polizeimaßnahmen hätten keineswegs den Charakter einer Intervention; sie hätten ebenso gut von russischen, englischen oder französischen Mannschaften durchgeführt werden können, wenn diese auf der Rede von Durazzo anwesend gewesen wären. Um aber in dieser Hinsicht jedes Mißverständnis zu zerstreuen und für den Fall, daß die österreichischen und italienischen Zusicherungen nicht genügend erscheinen sollten, könnten die anderen in der internationalen Kontrollkommission vertretenen Mächte gleichfalls Schiffe nach Durazzo entsenden. Vorläufig ist das nichts anderes zu tun.

Der „Reclat“ erhebt entschieden Einspruch gegen die Forderung, daß die französischen Diplomaten die Frage der Regelung der marokkanischen Gemeindegrenzen mit der Frage der Haltung gegenüber den albanischen Vorgängen verknüpfen möge. Der in Albanien eingetretene Zwischenfall ist internationaler Art und muß im Einvernehmen mit den Mächten der Triple-Entente geregelt werden. Der Zwischenfall von Fez geht jedoch nur uns an. Wenn wir in dieser Angelegenheit das Recht für uns haben wollen, würde es, wie die deutsche Regierung sehr weise vorschlägt, dem Schiedsgericht überlassen bleiben, uns dieses Recht zu bestätigen.

Durazzo, 22. Mai. Die Kuffinischen haben Tirana besetzt. Auf Veranlassung des Fürsten werden die von Esad Pajhas bei seiner Abreise dem Kapitän Armistron, dem Sekretär des Fürsten, übergebenen Briefe Gegenstand einer Untersuchung bilden.

Deutsches Reich.

Die Ansichten der preussischen Wahlrechtsreform.

Gegenüber den neuesten Drohungen sozialdemokratischer Blätter, die notwendige preussische Wahlreform gegen den neuen Minister v. Loebell auf dem Wege des Generalstreiks durchzuführen, gewinnt die Stellung der Parteien zum Reformproblem erhöhte Bedeutung. So weit sich aus den letzten Debatten im preussischen Abgeordnetenhause feststellen läßt, halten die beiden liberalen Parteien an ihrer alten Haltung fest: die Volkspartei für die Übertragung des Reichswahlrechts, wollen sich aber im Notfall auch mit der Abhängigkeit einer direkten und geheimen Wahl zufriedengeben. Die Nationalliberalen treten für ein abgestuftes Wahlrecht (meist ein Pluralwahlrecht) ein, verlangen jedoch wie die fortschrittliche Bewegung das geheime und direkte Wahlrecht und Neueinteilung der Wahlkreise. Das Zentrum dagegen hat eine Schwächung des Wahlrechts. Während es bis dahin theoretisch die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen verlangte und nur eine Neueinteilung der Wahlkreise ablehnte, hat es neuerdings erklären lassen, daß es eine so radikale Umänderung ablehne. Es scheint sich ebenfalls auf die beiden fortschrittlichen Mindestforderungen zurückziehen zu wollen. Das stärkt die Aussichten einer gleichlichen preussischen Wahlreform, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß vor zwei Jahren bei einer namentlichen Abstimmung über direktes und geheimes Wahlrecht gerade so viel Zentrumsgesandnete den Sitzungssaal verließen, daß die angesichts ziffernmäßig vorhandene Mehrheit der Reformfreunde zu einer Minderheit wurde. Die konservativen Parteien sind natürlich nach wie vor gegen jede wesentliche Minderung des geltenden Rechts, da diese ihre Macht vermindern würde.

Wahlrechtsänderungen für eine Wahlreform. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß in den nächsten Tagen in ganz Preußen Wahlen stattfinden werden, in denen gegen die Wahlrechtsreform des neuen Ministers des Innern v. Böll und gegen die Verweigerung der preussischen Wahlreform protestiert werden soll.

Bundesratsarbeit. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Bestimmung betr. Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Zur Annahme gelangten die Vorlage betr. Beschränkung des Fremdenverkehrs für die Grenzstraßen des Kreises Mündorf im jetzigen Zollamtsbezirk Leze, die Vorlage betr. Aenderung von Tarifen, die Vorlage betr. Nachträge zu den Mutterjahrgängen der Krankenkassen und die Vorlage betr. die Gestaltung des Umlaufs der Scheidemünzen österreichisch-ungarischer Währung auf preussischen Eisenbahnstationen.

Zu dem unterzeichneten Dank an den Präsidenten Kampf wird von fortschrittlicher Seite aus Berlin mitgeteilt: „Es handelt sich selbstverständlich um keine Demonstration. Soweit uns bekannt ist, ist der Arbeitstag folgender: Nach der Schlußanfrage des Präsidenten sollte Abg. Bedeberg im Namen der Fraktionen dem Präsidenten den Dank für seine Geschäftsführung aussprechen. Infolge der unerwarteten Beschäftigung mit dem Bureau nervös geworden, so daß die Vormeldung des Abg. Bede zur Geschäftsordnung übersehen wurde und der Präsident sofort nach seiner Ansprache dem Staatssekretär Dr. Delbrück das Wort erteilte. Nachdem dieser den Reichstag geschlossen, wurde der Irrtum bemerkt, Präsident Dr. Kampf hatte aber Bedenken, namentlich nach das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen.“

Der angekündigte Ministerwechsel in Sachsen ist Donnerstag vollzogen worden. Freiberger v. Haujen, Generaloberst, Staatsminister und Kriegsminister, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit Pension zur Disposition gestellt unter Ernennung zum Generaladjutanten des Königs und Befehlzung in dem Verhältnis als Chef des 16. Inf.-Regts. Nr. 182 und à la suite des 1. Jägerbataillons Nr. 12. Generalleutnant Generaladjutant v. Carlowitz ist zum Kriegsminister ernannt worden. Dem Kultusminister Dr. Bede ist der Vorstoß im Gesamtministerium übertragen worden.

Neue Agitationen für die Verstärkung der Flotte. Der Hauptverband Deutscher Flottenvereine im Auslande hielt am 20. Mai seine Hauptversammlung im Reichstagsgebäude ab unter dem Vorsitz seines Präsidenten Großadmirals von Köster. Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes und des Reichsmarineministers hatten Vertreter entsandt. In dem Ueberblick über das Berichtsjahr ging der Präsident näher ein auf die reichliche Entsendung zum Teil sehr leistungsfähiger und neuerzeitiger Kriegsschiffe. Er erklärte: Die Hochseeflotte in ihrer vorweltlichen für den Ernstfall durch wiederholte Abgabe von verteilten Einheiten beherrschend würde, müsse die Forderung nach der Schaffung eines „Hilfsdienstes“ angedrückt erhalten werden.

Eine neue Leipziger Ordensabteilung. Dem Leipziger Verlagsbuchhändler Hofst. Horst B. e. r. w. der Kronenorden 4. Klasse verliehen worden. Herr Weber, der sich jetzt auf einer Geschäftsreise in Amerika befindet, hat den Orden zurückgewiesen. Man erinnert sich noch an den Fall des Geh. Hofrats Thiem e in Leipzig, der nach der Einweisung des Völkerrichteramtens mit dem Kronenorden 4. Klasse bedacht worden war und diese Deklaration ablehnte. Seine Verdienste um die Schöpfung des Völkerrichteramtens wurden dann später durch die Verehrung eines höheren Ordens anerkannt.

Ausland.

Der erste Spaziergang Kaiser Franz Josefs.

Wien, 22. Mai. Kaiser Franz Josef unternahm heute vormittag den ersten selbständigen Spaziergang in einem freien Luft. Dieser wird auch das Finden des Monarchen die allerbeste Wirkung aus.

Die dritte Lesung der Homerdebatte sollte am Donnerstag im englischen Oberhaus beginnen. Es kam aber zu großen Verzögerungen, und nachdem die Rede: „Vertagen!“ mehrere Minuten angehalten hatten, erhob sich der Sprecher und erklärte, wenn die Opposition Campbell nicht anhören wolle, wolle er Bonar Law fragen, ob es mit seiner Zustimmung geschehe, daß die Rede hier stattfinden. (Lauter Beifall bei den Ministern.) Die Opposition ruft zu Bonar Law: „Antworten Sie nicht darauf!“ Bonar Law erhebt sich und antwortet dem Sprecher: „Ich will nicht trübselig sein, wie Sie, Herr Sprecher, als Ihre Pflicht betrauten, aber ich finde die meiste und die ich nicht zu antworten.“ (Lauter Beifall bei den Oppositionellen.) Darauf erhebt sich der Sprecher und erklärt: „Ich habe Bonar Law aufgefordert, mich in der Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen, wenn er dies nicht tun will, so bleibt mir nichts anderes übrig, als die Sitzung bis Freitag zu vertagen.“ — Der Sprecher verläßt dann unter ohrenbetäubendem Lärm der Opposition das Haus. Aquitt und die Mitglieder der Opposition ließen sich mit höflichen Worten bedanken. Sodann ließ Aquitt auf und verläßt den Saal, während die Minister sich von ihren Plätzen erheben, in fürchterlicher Weise ausbrechen und mit ihren Tauchentwürfen winkten.

Churchill als Gast Balkins. Die „Daily Mail“ veröffentlicht eine Information ihres Berliner Korrespondenten, wonach der englische Marineminister Winston Churchill eine Einladung angenommen habe, der Kaiser Regatta im Juni belgisch. Churchill wird Gast des Direktors der Hamburg-Amerika-Linie Ballin sein und auf dessen yacht an der Regatta teilnehmen. Churchill werde während seines Aufenthaltes Gesellschaft haben, den Kaiser häufiger zu sehen, der ebenso wie viele hervorragende Diplomaten, Behmann-Hollweg usw., der Regatta beizumischen werde. Auch bei der feierlichen Einweihung des erweiterten Kaiser-Wilhelm-Kanals wird Churchill zugegen sein.

Halle und Umgebung.

29. General-Versammlung des Verbandes reisender Kaufleute.

Halle, 22. Mai. Freitag morgen begannen um 9 Uhr im „Roten Roß“ die geschäftlichen Verhandlungen. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Georg H. a. e. Leipzig, begrüßte die zahlreich erschienenen, sprach der Sitzung Halle den Dank für die Uebernahme und die Vorbereitung der 29. Generalversammlung aus und hob besonders lobend hervor, daß es gelungen sei, die Stadt Halle als Mitglied für den Verband zu gewinnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergiff Herr Direktor Georg Müller das Wort zu einem Vortrag über

Zeit- und Streiffragen für den reisenden Kaufmann. Der Vortragende führte etwa folgendes aus: „Ueberall Gärung und neues Werden, besonders auch auf dem Gebiete des Handels. Mit Ausdehnung und Warenkenntnissen ist es heute nicht mehr getan. Wer wirklich vorwärts kommen will, der muß die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge übersehen können. Vielgestaltig wie der Handel sind jetzt auch die Gebilde, die ihn beherrschen. Immer neue Formen treten zutage. Wird schmirrt es durch einander: Konsumvereine und Einkaufsgenossenschaften, Warenhäuser und Detailhandel, Trusts und Syndikate, Kartelle und Konventionen. Die Stellung des Verbandes gegen die T. u. S. Die Erfahrung hat gelehrt, daß sie, wie anderes kaufmännisches Personal, auch Reisende und Agenten übrig macht.“

Wenn sich die Detailisten gegen die Warenhäuser wehren wollen, so bleibt kein anderer Weg als der Zusammenstoß zu den Einkaufsgenossenschaften. Soweit sich überlegen läßt, haben sich die Einkaufsgenossenschaften überall bewährt. Gestagt wird von den reisenden Kaufleuten vornehmlich über die in den Einkaufsgenossenschaften begründete steigende Tendenz, die Tätigkeit der reisenden Kaufleute bis zu einem gewissen Grade auszufalten. Das ist richtig, aber trotzdem darf man Verbandsmitgliedern, die früher geehrt haben, heute schändlich links liegen lassen. Die Einkaufsgenossenschaften sind geschlossen haben, Vorzüge nicht machen. Man vergißt hierbei den Blick auf ganze und nicht mit dem engen Wandel des eigenen Wohlergehens. Die Einkaufsgenossenschaften sind Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben, die, als Ganzes betrachtet, doch ihre Vorteile haben. Mit Klagen und Jammer ist noch keine Besserung erzielt worden. Handelt es es, wozu wir da sind, und so müssen auch die reisenden Kaufleute den Folgen der Einkaufsgenossenschaften zu begegnen suchen, indem sie sich rechtzeitig für andere Tätigkeiten gebiete interessieren. Die Einkaufsgenossenschaftsfindung sind nicht künstlich entstanden, aber der Gedanke ihrer Gründung von außen in die Detailistenfreie hineingertragen worden, sondern sie sind aus dem Drange und der Macht der Verhältnisse heraus geboren. Das ist auch der Fall bei den Konventionen. Unhaltbare Zustände bei der Einräumung von Zahlungsbedingungen haben die Fabrikanten zusehens zugehoben. Die Folge ist gemein, daß auch die Fabrikanten sich immer mehr zu organisieren versuchen. Auch diese Dinge geben den reisenden Kaufmann sehr wohl an: die Kon-

